

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 1. Dezember 2003
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

A. Problem und Ziel

Das Abkommen dient der Verstärkung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch Förderung und gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen.

B. Lösung

Durch das Abkommen werden Direktinvestitionen völkerrechtlich abgesichert, insbesondere durch Gewährleistung des freien Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Eigentumsschutz und Entschädigungspflicht im Falle von Enteignungen sowie Rechtsweggarantie und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

Keine

Fristablauf: 18. 02. 05

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugaufwand

Keine

2. Vollzugaufwand

Kein Vollzugaufwand

E. Sonstige Kosten

Kosten für die Wirtschaft und für soziale Sicherungssysteme entstehen nicht. Ebenso ergeben sich keine Auswirkungen auf Einzelpreise, Preisniveau und Verbraucherpreisniveau.

07. 01. 05

Wi

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes
zu dem Abkommen vom 1. Dezember 2003
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Berlin, den 7. Januar 2005

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 1. Dezember 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend sind das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und das Auswärtige Amt.

Gerhard Schröder

Entwurf**Gesetz
zu dem Abkommen vom 1. Dezember 2003
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen****Vom**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Peking am 1. Dezember 2003 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen und dem dazugehörigen Notenwechsel vom selben Tage wird zugestimmt. Das Abkommen und der Notenwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 15 Abs. 1 und der Notenwechsel nach seiner Inkraftretensklausel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Abkommen vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 15 Abs. 1 und der Notenwechsel nach seiner Inkrafttretensklausel in Kraft treten, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Ebenso ergeben sich keine Auswirkungen auf Einzelpreise, Preisniveau und Verbraucherpreisniveau, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

Kosten bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere bei mittelständischen Unternehmen, entstehen durch die Ausführung des Gesetzes nicht, da es ausschließlich einen erweiterten völkerrechtlichen Rechtsschutz für Investitionen in der Volksrepublik China schafft.

**Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Volksrepublik China
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

**Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the People's Republic of China
on the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments**

Die Bundesrepublik Deutschland
und

die Volksrepublik China

(im Folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet) –

in der Absicht, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Investoren der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu schaffen,

in der Erkenntnis, dass die Anregung, die Förderung und der Schutz dieser Kapitalanlagen dazu beitragen werden, die wirtschaftliche Initiative der Investoren zu beleben und den Wohlstand beider Staaten zu mehren,

in dem Wunsch, die wirtschaftliche Zusammenarbeit beider Staaten zu intensivieren –

haben Folgendes vereinbart:

Artikel 1

Begriffsbestimmungen

Für die Zwecke dieses Abkommens

1. bezeichnet der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, die von Investoren der einen Vertragspartei direkt oder indirekt im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei angelegt werden, und umfasst insbesondere, aber nicht ausschließlich
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige Eigentumsrechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Gesellschaftsanteile, -obligationen, -einlagen und andere Arten von Beteiligungen an Gesellschaften;
 - c) Ansprüche auf Geld oder andere Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums wie insbesondere Urheberrechte, Patente und gewerbliche Muster und Modelle, Marken, Handelsnamen, technische Verfahren, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse, Know-how und Goodwill;
 - e) gesetzliche oder vertragliche Konzessionen aufgrund von gesetzlichen Vorschriften, einschließlich von Konzessionen zur Aufsuchung, Bearbeitung, Förderung und Gewinnung von natürlichen Ressourcen;

eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, lässt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;

2. bezeichnet der Begriff „Investor“

- a) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:

The Federal Republic of Germany
and

the People's Republic of China

(hereinafter referred to as the “Contracting Parties”),

Intending to create favourable conditions for investment by investors of one Contracting Party in the territory of the other Contracting Party,

Recognizing that the encouragement, promotion and protection of such investment will be conducive to stimulating business initiative of the investors and will increase prosperity in both States,

Desiring to intensify the economic cooperation of both States,

Have agreed as follows:

Article 1

Definitions

For the purpose of this Agreement

1. the term “investment” means every kind of asset invested directly or indirectly by investors of one Contracting Party in the territory of the other Contracting Party, and in particular, though not exclusively, includes:
 - (a) movable and immovable property and other property rights such as mortgages and pledges;
 - (b) shares, debentures, stock and any other kind of interest in companies;
 - (c) claims to money or to any other performance having an economic value associated with an investment;
 - (d) intellectual property rights, in particular copyrights, patents and industrial designs, trade-marks, trade-names, technical processes, trade and business secrets, know-how and good-will;
 - (e) business concessions conferred by law or under contract permitted by law, including concessions to search for, cultivate, extract or exploit natural resources;

any change in the form in which assets are invested does not affect their character as investments;

2. the term “investor” means

- a) in respect of the Federal Republic of Germany:

- Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland,
 - jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;
- b) in Bezug auf die Volksrepublik China:
- natürliche Personen, die nach dem Recht der Volksrepublik China die Staatsangehörigkeit der Volksrepublik China besitzen,
 - Wirtschaftseinheiten einschließlich Gesellschaften, Körperschaften, Vereinigungen, Personengesellschaften und andere Organisationen, die nach den Rechtsvorschriften der Volksrepublik China eingetragen und gegründet sind und mit Sitz in der Volksrepublik China, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht und gleichviel, ob mit beschränkter Haftung oder nicht;
3. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf Kapitalanlagen anfallen, einschließlich Gewinnanteile, Dividenden, Zinsen, Veräußerungsgewinne, Lizenz- und andere rechtmäßige Entgelte.
- Germans within the meaning of the Basic Law for the Federal Republic of Germany,
 - any juridical person as well as any commercial or other company or association with or without legal personality having its seat in the territory of the Federal Republic of Germany, irrespective of whether or not its activities are directed at profit;
- (b) in respect of the People's Republic of China:
- natural persons who have nationality of the People's Republic of China in accordance with its laws,
 - economic entities, including companies, corporations, associations, partnerships and other organizations, incorporated and constituted under the laws and regulations of and with their seats in the People's Republic of China, irrespective of whether or not for profit and whether their liabilities are limited or not;
3. the term “return” means the amounts yielded from investments, including profits, dividends, interests, capital gains, royalties, fees and other legitimate income.

Artikel 2

Förderung und Schutz von Kapitalanlagen

- (1) Jede Vertragspartei wird Investoren der anderen Vertragspartei ermutigen, Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet vorzunehmen, und wird diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften zulassen.
- (2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ständigen Schutz und ständige Sicherheit.
- (3) Eine Vertragspartei unternimmt keine willkürlichen oder diskriminierenden Maßnahmen gegen die Verwaltung, die Erhaltung, den Gebrauch, die Nutzung und die Verfügung über Kapitalanlagen der Investoren der anderen Vertragspartei.
- (4) Jede Vertragspartei wird vorbehaltlich ihrer Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften Anträge auf Erteilung von Einreise- und Arbeitsgenehmigungen für Staatsangehörige der anderen Vertragspartei, die Tätigkeiten im Zusammenhang mit Kapitalanlagen im Hoheitsgebiet der letzteren Vertragspartei ausüben, wohlwollend prüfen.

Artikel 3

Behandlung von Kapitalanlagen

- (1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet jederzeit gerecht und billig.
- (2) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei sowie Tätigkeiten im Zusammenhang mit diesen Kapitalanlagen nicht weniger günstig als Kapitalanlagen eigener Investoren sowie Tätigkeiten im Zusammenhang mit diesen Kapitalanlagen.
- (3) Keine Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei sowie Tätigkeiten im Zusammenhang mit diesen Kapitalanlagen weniger günstig als Kapitalanlagen von Investoren dritter Staaten sowie Tätigkeiten im Zusammenhang mit diesen Kapitalanlagen.
- (4) Die Absätze 1 bis 3 dieses Artikels sind nicht dahingehend auszulegen, dass sie eine Vertragspartei verpflichten, den Investoren der anderen Vertragspartei eine bestimmte Behandlung, Vergünstigungen oder Vorrechte einzuräumen
- a) wegen ihrer Zugehörigkeit zu oder Assoziation mit einer bestehenden oder künftigen Zollunion, Freihandelszone, Wirtschaftsunion oder einem gemeinsamen Markt,

Article 2

Promotion and Protection of Investment

- (1) Each Contracting Party shall encourage investors of the other Contracting Party to make investments in its territory and admit such investments in accordance with its laws and regulations.
- (2) Investments of the investors of either Contracting Party shall enjoy constant protection and security in the territory of the other Contracting Party.
- (3) Neither Contracting Party shall take any arbitrary or discriminatory measures against the management, maintenance, use, enjoyment and disposal of the investments by the investors of the other Contracting Party.
- (4) Subject to its laws and regulations, either Contracting Party shall give sympathetic consideration to applications for obtaining visas and working permits to nationals of the other Contracting Party engaging in activities associated with investments made in the territory of that Contracting Party.

Article 3

Treatment of Investment

- (1) Investments of investors of each Contracting Party shall at all times be accorded fair and equitable treatment in the territory of the other Contracting Party.
- (2) Each Contracting Party shall accord to investments and activities associated with such investments by the investors of the other Contracting Party treatment not less favourable than that accorded to the investments and associated activities by its own investors.
- (3) Neither Contracting Party shall subject investments and activities associated with such investments by the investors of the other Contracting Party to treatment less favourable than that accorded to the investments and associated activities by the investors of any third State.
- (4) The provisions of Paragraphs 1 to 3 of this Article shall not be construed so as to oblige one Contracting Party to extend to the investors of the other Contracting Party the benefit of any treatment, preference or privilege by virtue of
- (a) any membership or association with any existing or future customs union, free trade zone, economic union, common market;

- b) aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder einer sonstigen Übereinkunft über Steuerfragen.

- (b) any double taxation agreement or other agreement regarding matters of taxation.

Artikel 4

Enteignung und Entschädigung

(1) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Investoren einer Vertragspartei dürfen nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung direkt oder indirekt enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Verstaatlichung im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei gleichkommen (im Folgenden als „Enteignung“ bezeichnet). Die Entschädigung muss dem Wert der Kapitalanlage unmittelbar vor der Enteignung oder dem Zeitpunkt, in dem die drohende Enteignung öffentlich bekannt wurde, entsprechen, je nachdem, welcher Zeitpunkt der frühere ist. Die Entschädigung muss unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung zum marktüblichen Satz zu verzinsen; sie muss tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Im Zeitpunkt oder vor dem Zeitpunkt der Enteignung muss in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Auf Verlangen des Investors müssen die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung durch innerstaatliche Gerichte nachgeprüft werden können, unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 9.

(3) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Investoren einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 5

Entschädigung für Schäden und Verluste

Investoren einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Investoren oder Investoren dritter Staaten.

Artikel 6

Rückführung von Kapitalanlagen und Erträgen

(1) Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den Transfer der in ihrem Hoheitsgebiet befindlichen Kapitalanlagen und Erträge einschließlich

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge;
- c) von Erlösen aus der vollständigen oder teilweisen Veräußerung oder Liquidation der Kapitalanlagen oder von Beträgen aus der Reduzierung des Anlagekapitals;
- d) von Zahlungen gemäß einem Darlehensvertrag im Zusammenhang mit Kapitalanlagen;
- e) von Zahlungen im Zusammenhang mit Vertragsprojekten;
- f) von Einkünften von Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei arbeiten.

(2) Jede Vertragspartei gewährleistet den Investoren der anderen Vertragspartei den freien Transfer von Entschädigungen und anderen Zahlungen nach Artikel 4 und 5.

(3) Der vorstehend erwähnte Transfer wird unverzüglich in einer frei konvertierbaren Währung zum marktüblichen Wechselkurs, der für die Vertragspartei, die die Kapitalanlage empfängt, im Zeitpunkt des Transfers gilt, ausgeführt. Ist ein Marktkurs

Article 4

Expropriation and Compensation

(1) Investments by investors of either Contracting Party shall enjoy full protection and security in the territory of the other Contracting Party.

(2) Investments by investors of either Contracting Party shall not directly or indirectly be expropriated, nationalized or subjected to any other measure the effects of which would be tantamount to expropriation or nationalization in the territory of the other Contracting Party (hereinafter referred to as expropriation) except for the public benefit and against compensation. Such compensation shall be equivalent to the value of the investment immediately before the expropriation is taken or the threatening expropriation has become publicly known, whichever is earlier. The compensation shall be paid without delay and shall carry interest at the prevailing commercial rate until the time of payment; it shall be effectively realizable and freely transferable. Precautions shall have been made in an appropriate manner at or prior to the time of expropriation for the determination and payment of such compensation. At the request of the investor the legality of any such expropriation and the amount of compensation shall be subject to review by national courts, notwithstanding the provisions of Article 9.

(3) Investors of either Contracting Party shall enjoy most-favoured-nation treatment in the territory of the other Contracting Party in respect of the matters provided for in this Article.

Article 5

Compensation for Damages and Losses

Investors of either Contracting Party whose investments suffer losses in the territory of the other Contracting Party owing to war or other armed conflict, revolution, a state of national emergency or revolt, shall be accorded treatment by such other Contracting Party not less favourable than that which the latter Contracting Party accords to its own investors or to investors of any third State as regards restitution, indemnification, compensation or other valuable consideration.

Article 6

Repatriation of Investments and Returns

(1) Each Contracting Party shall guarantee to the investors of the other Contracting Party the transfer of their investments and returns held in its territory, including:

- (a) the principal and additional amounts to maintain or increase the investment;
- (b) returns;
- (c) proceeds obtained from the total or partial sale or liquidation of investments or amounts obtained from the reduction of investment capital;
- (d) payments pursuant to a loan agreement in connection with investments;
- (e) payments in connection with contracting projects;
- (f) earnings of nationals of the other Contracting Party who work in connection with an investment in its territory.

(2) Each Contracting Party shall guarantee to the investors of the other Contracting Party the free transfer of compensation and other payments under Article 4 and 5.

(3) The transfer mentioned above shall be made without delay in a freely convertible currency and at the prevailing market rate of exchange applicable within the Contracting Party accepting the investments and on the date of transfer. In the

nicht vorhanden, so muss der Wechselkurs dem Kreuzkurs entsprechen, der sich aus den Kursen ergibt, die der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

Artikel 7

Eintritt in Rechte

Leistet eine Vertragspartei oder eine von ihr benannte Stelle ihrem Investor Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei die Übertragung aller Rechte und Ansprüche des entschädigten Investors kraft Gesetzes oder aufgrund eines Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei oder eine von ihr benannte Stelle an, ferner das Recht der erstgenannten Vertragspartei oder einer von ihr benannten Stelle, diese durch Rechtseintritt im gleichen Umfang wie der Investor auszuüben. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gilt Artikel 6 entsprechend.

Artikel 8

Beilegung von Meinungs- verschiedenheiten zwischen Vertragsparteien

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch Konsultationen auf diplomatischem Weg beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht innerhalb von sechs Monaten beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Ad-hoc-Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht besteht aus drei Schiedsrichtern. Innerhalb von zwei Monaten nach Erhalt der schriftlichen Mitteilung, in der um die Einleitung eines Schiedsverfahrens ersucht wird, bestellt jede Vertragspartei einen Schiedsrichter. Diese beiden Schiedsrichter wählen innerhalb weiterer zwei Monate einen Angehörigen eines dritten Staates, der diplomatische Beziehungen zu beiden Vertragsparteien unterhält, als Obmann des Schiedsgerichts.

(4) Ist das Schiedsgericht nicht innerhalb von vier Monaten nach Erhalt der schriftlichen Mitteilung, in der um die Einleitung eines Schiedsverfahrens ersucht wird, eingesetzt, kann jede Vertragspartei in Ermangelung einer anderen Vereinbarung den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die notwendigen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, diese Aufgabe zu erfüllen, wird das im Rang nächstfolgende Mitglied des Internationalen Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt und auch nicht verhindert ist, diese Aufgabe zu erfüllen, gebeten, die notwendigen Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht regelt sein Verfahren selbst. Das Schiedsgericht trifft seinen Schiedsspruch in Übereinstimmung mit diesem Abkommen und mit von beiden Vertragsparteien anerkannten völkerrechtlichen Grundsätzen.

(6) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Sein Schiedsspruch ist endgültig und für beide Vertragsparteien bindend. Auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien begründet das Schiedsgericht seinen Schiedsspruch.

(7) Jede Vertragspartei trägt die Kosten des von ihr ernannten Schiedsrichters und ihrer Vertretung vor dem Schiedsgericht. Die Kosten des Obmanns und des Gerichts werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen.

event that the market rate of exchange does not exist, the rate of exchange shall correspond to the cross rate obtained from those rates which would be applied by the International Monetary Fund on the date of payment for conversions of the currencies concerned into Special Drawing Rights.

Article 7

Subrogation

If one Contracting Party or its designated agency makes a payment to its investor under a guarantee given in respect of an investment made in the territory of the other Contracting Party, the latter Contracting Party shall recognize the assignment of all the rights and claims of the indemnified investor to the former Contracting Party or its designated agency, by law or by legal transactions, and the right of the former Contracting Party or its designated agency to exercise by virtue of subrogation any such right to same extent as the investor. As regards the transfer of payments made by virtue of such assigned claims, Article 6 shall apply mutatis mutandis.

Article 8

Settlement of Disputes between Contracting Parties

(1) Any dispute between the Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Agreement shall, as far as possible, be settled with consultation through diplomatic channel.

(2) If a dispute cannot thus be settled within six months, it shall, upon the request of either Contracting Party, be submitted to an ad-hoc arbitral tribunal.

(3) Such tribunal comprises three arbitrators. Within two months of the receipt of the written notice requesting arbitration, each Contracting Party shall appoint one arbitrator. Those two arbitrators shall, within further two months, together select a national of a third State having diplomatic relations with both Contracting Parties as Chairman of the arbitral tribunal.

(4) If the arbitral tribunal has not been constituted within four months from the receipt of the written notice requesting arbitration, either Contracting Party may, in the absence of any other agreement, invite the President of the International Court of Justice to make any necessary appointments. If the President is a national of either Contracting Party or is otherwise prevented from discharging the said functions, the Member of the International Court of Justice next in seniority who is not a national of either Contracting Party or is not otherwise prevented from discharging the said functions shall be invited to make such necessary appointments.

(5) The arbitral tribunal shall determine its own procedure. The arbitral tribunal shall reach its award in accordance with the provisions of this Agreement and the principles of international law recognized by both Contracting Parties.

(6) The arbitral tribunal shall reach its award by a majority of votes. Such award shall be final and binding upon both Contracting Parties. The arbitral tribunal shall, upon the request of either Contracting Party, explain the reasons of its award.

(7) Each Contracting Party shall bear the costs of its appointed arbitrator and of its representation in arbitral proceedings. The relevant costs of the Chairman and tribunal shall be borne in equal parts by the Contracting Parties.

Artikel 9**Beilegung von Meinungsverschiedenheiten
zwischen Investoren und einer Vertragspartei**

(1) Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer Vertragspartei und einem Investor der anderen Vertragspartei werden, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Investors der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen.

(3) Die Meinungsverschiedenheit wird nach dem Übereinkommen vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten (ICSID) einem Schiedsverfahren unterworfen, sofern die Streitparteien sich nicht auf die Einsetzung eines Ad-hoc-Schiedsgerichts nach den Regeln für Schiedsverfahren der Kommission der Vereinten Nationen für Internationales Handelsrecht (UNCITRAL) oder anderen Schiedsverfahrensregeln verständigen.

(4) Der Schiedsspruch eines Ad-hoc-Schiedsgerichts ist endgültig und bindend. Jeder Spruch nach dem Verfahren des genannten Übereinkommens ist bindend und unterliegt nur den in dem Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder Rechtsbehelfen. Die Schiedssprüche werden nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

Artikel 10**Sonstige Verpflichtungen**

(1) Ergeben sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Abkommen zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, allgemeine oder besondere Regelungen, durch die den Kapitalanlagen der Investoren der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Abkommen zu gewähren ist, so gehen diese Regelungen dem vorliegenden Abkommen insoweit vor, als sie günstiger sind.

(2) Jede Vertragspartei hält jede sonstige Verpflichtung ein, die sie in Bezug auf Kapitalanlagen von Investoren der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet eingegangen ist.

Artikel 11**Anwendung**

Dieses Abkommen gilt für Kapitalanlagen, die Investoren einer Vertragspartei vor oder nach Inkrafttreten dieses Abkommens in Übereinstimmung mit den Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften der anderen Vertragspartei in deren Hoheitsgebiet vorgenommen haben.

Artikel 12**Beziehungen zwischen den Vertragsparteien**

Die Bestimmungen des vorliegenden Abkommens gelten unabhängig davon, ob zwischen den Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13**Konsultationen**

Jede der Vertragsparteien kann der anderen Vertragspartei Konsultationen zu Fragen der Auslegung, Anwendung und Umsetzung des Abkommens vorschlagen. Die andere Vertragspartei wird den Vorschlag wohlwollend prüfen und angemessene Möglichkeiten für diese Konsultationen gewähren.

Article 9**Settlement of Disputes
between Investors and one Contracting Party**

(1) Any dispute concerning investments between a Contracting Party and an investor of the other Contracting Party should as far as possible be settled amicably between the parties in dispute.

(2) If the dispute cannot be settled within six months of the date when it has been raised by one of the parties in dispute, it shall, at the request of the investor of the other Contracting State, be submitted for arbitration.

(3) The dispute shall be submitted for arbitration under the Convention of 18 March 1965 on the Settlement of Investment Disputes between States and Nationals of Other States (ICSID), unless the parties in dispute agree on an ad-hoc arbitral tribunal to be established under the Arbitration Rules of the United Nations Commission on the International Trade Law (UNCITRAL) or other arbitration rules.

(4) Any award by an ad-hoc tribunal shall be final and binding. Any award under the procedures of the said Convention shall be binding and subject only to those appeals or remedies provided for in this Convention. The awards shall be enforced in accordance with domestic law.

Article 10**Other Obligations**

(1) If the legislation of either Contracting Parties or obligations under international law existing at present or established hereafter between the Contracting Parties in addition to this Agreement contain a regulation, whether general or specific, entitling investments by investors of the other Contracting Party to a treatment more favourable than is provided for by this Agreement, such regulation shall to the extent that it is more favourable prevail over this Agreement.

(2) Each Contracting Party shall observe any other obligation it has entered into with regard to investments in its territory by investors of the other Contracting Party.

Article 11**Application**

This Agreement shall apply to investments, which are made prior to or after its entry into force by investors of either Contracting Party in accordance with the laws and regulations of the other Contracting Party in the territory of the latter.

Article 12**Relations between Contracting Parties**

The provisions of the present Agreement shall apply irrespective of the existence of diplomatic or consular relations between the Contracting Parties.

Article 13**Consultations**

Either Contracting Party may propose to the other Contracting Party that consultations be held on any matter concerning interpretation, application and implementation of the Agreement. The other Contracting Party shall accord sympathetic consideration to the proposal and shall afford adequate opportunity for such consultations.

Artikel 14**Protokoll**

Das beigefügte Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.

Article 14**Protocol**

The attached protocol shall form an integral part of this Agreement.

Artikel 15**Inkrafttreten, Geltungsdauer und Außerkrafttreten**

(1) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Tag in Kraft, an dem beide Vertragsparteien einander notifiziert haben, dass die innerstaatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind. Maßgebend ist der Tag des Eingangs der letzten Notifikation.

(2) Dieses Abkommen bleibt zehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien das Abkommen mit einer Frist von zwölf Monaten vor Ablauf auf diplomatischem Weg schriftlich kündigt.

(3) Nach Ablauf der ersten zehn Jahre kann jede der beiden Vertragsparteien das Abkommen jederzeit mit einer Frist von mindestens zwölf Monaten gegenüber der anderen Vertragspartei auf diplomatischem Weg schriftlich kündigen.

(4) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Abkommens vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 14 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Abkommens an.

Article 15**Entry into Force, Duration and Termination**

(1) This Agreement shall enter into force one month from the date on which both Contracting Parties have notified each other in writing that the national requirements for such entry into force have been fulfilled. The relevant date shall be the day on which the last notification is received.

(2) This Agreement shall remain in force for a period of ten years and shall be extended thereafter for an unlimited period unless denounced in writing through diplomatic channels by either Contracting Party twelve months before its expiration.

(3) After the expiration of the initial ten years period, either Contracting Party may at any time thereafter terminate this Agreement by giving at least twelve month's written notice through diplomatic channels to the other Contracting Party.

(4) With respect to investments made prior to the date of termination of this Agreement, the provisions of Article 1 to 14 shall continue to be effective for a further period of twenty years from such date of termination.

Artikel 16**Übergangsbestimmungen**

(1) Mit Inkrafttreten dieses Abkommens tritt das Abkommen vom 7. Oktober 1983 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen außer Kraft.

(2) Das vorliegende Abkommen gilt für alle Kapitalanlagen von Investoren einer der beiden Vertragsparteien im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei unabhängig davon, ob sie vor oder nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens vorgenommen worden sind; es gilt nicht für Meinungsverschiedenheiten oder Ansprüche im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage, die bereits vor Inkrafttreten einem Rechts- oder Schiedsgerichtsverfahren unterworfen wurden. Die erwähnten Meinungsverschiedenheiten und Ansprüche sind weiterhin nach den Bestimmungen des in Absatz 1 erwähnten Abkommens vom 7. Oktober 1983 abzuwickeln.

Geschehen zu Peking am 1. Dezember 2003 in zwei Urschriften, jede in deutscher, chinesischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des chinesischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Article 16**Transition**

(1) Upon entry into force of this Agreement the Agreement of 7 October 1983 between the Federal Republic of Germany and the People's Republic of China on the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments shall terminate.

(2) The present Agreement shall apply to all investments made by investors of either Contracting Party in the territory of the other Contracting Party, whether made before or after the entry into force of this Agreement, but shall not apply to any dispute or any claim concerning an investment which was already under judicial or arbitral process before its entry into force. Such disputes and claims shall continue to be settled according to the provisions of the Agreement of 7 October 1983 mentioned in paragraph 1 of this Article.

Done at Beijing on December 1, 2003 in duplicate in the German, Chinese and English languages, all texts being authentic. In case of divergent interpretation of the German and the Chinese text, the English text shall prevail.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany

Chrobog

Für die Volksrepublik China
For the People's Republic of China

Yu Guangzhou

Protokoll
zum Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Protocol
to the Agreement
between the Federal Republic of Germany
and the People's Republic of China
on the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments

Bei der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die hierzu gehörig befugten Bevollmächtigten außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteil des Abkommens gelten:

1. Zu Artikel 1

- a) Zur Klarstellung vereinbaren die Vertragsparteien, dass als Kapitalanlagen nach Artikel 1 solche gelten, die zur Schaffung dauerhafter wirtschaftlicher Beziehungen im Zusammenhang mit Unternehmen vorgenommen werden, insbesondere solche, die eine effektive Einflussnahme auf die Leitung der Unternehmen ermöglichen.
- b) Der Begriff „indirekt angelegt“ bezeichnet Kapitalanlagen eines Investors einer Vertragspartei durch eine Gesellschaft, die sich ganz oder teilweise im Besitz des Investors befindet und ihren Sitz im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei hat.
- c) Erträge aus der Kapitalanlage und aus deren Wiederanlage genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

2. Zu Artikel 2

Das Abkommen gilt für das Hoheitsgebiet jeder Vertragspartei einschließlich des Küstenmeeres und der ausschließlichen Wirtschaftszone sowie des Festlandssockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

3. Zu Artikel 2 und 3

In Bezug auf die Volksrepublik China gelten Artikel 2 Absatz 3 und Artikel 3 Absatz 2 nicht für

- a) in ihrem Hoheitsgebiet geltende Maßnahmen, die nicht mit den Bestimmungen des Abkommens übereinstimmen;
- b) die Beibehaltung von Maßnahmen, die nicht mit den Bestimmungen des Abkommens übereinstimmen;
- c) jede Änderung von Maßnahmen, die nicht mit den Bestimmungen des Abkommens übereinstimmen, sofern die Änderung die Nichtübereinstimmung der Maßnahmen nicht verstärkt.

Die Volksrepublik China wird alle angemessenen Schritte unternehmen, um Maßnahmen, die nicht mit den Bestimmungen des Abkommens übereinstimmen, schrittweise zu beseitigen.

4. Zu Artikel 3

- a) Als „Tätigkeit“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 gilt insbesondere, aber nicht ausschließlich die Verwaltung, die Erhaltung, der Gebrauch, die Nutzung und die Verfügung über eine

On signing the Agreement between the Federal Republic of Germany and the People's Republic of China on the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, the plenipotentiaries, being duly authorized, have, in addition, agreed on the following provisions, which shall be regarded as an integral part of the said Agreement:

1. Ad Article 1

- (a) For the avoidance of doubt, the Contracting Parties agree that investments as defined in Article 1 are those made for the purpose of establishing lasting economic relations in connection with an enterprise, especially those which allow to exercise effective influence in its management.
- (b) "Invested indirectly" means invested by an investor of one Contracting Party through a company which is fully or partially owned by the investor and having its seat in the territory of the other Contracting Party.
- (c) Returns from the investment and from reinvestments shall enjoy the same protection as the investment.

2. Ad Article 2

The Agreement shall apply to the territory of each Contracting Party including the territorial sea as well as to the areas of the exclusive economic zone and the continental shelf insofar as international law permits the Contracting Party concerned to exercise sovereign rights or jurisdiction in these areas.

3. Ad Article 2 and 3

With regard to the People's Republic of China paragraph 3 of Article 2 and paragraph 2 of Article 3 do not apply to

- (a) any existing non-conforming measures maintained within its territory;
- (b) the continuation of any such non-conforming measure;
- (c) any amendment to any such non-conforming measure to the extent that the amendment does not increase the non-conformity of these measures.

The People's Republic of China will take all appropriate steps in order to progressively remove the non-conforming measures.

4. Ad Article 3

- (a) The following shall more particularly, though not exclusively, be deemed "activity" within the meaning of Article 3 (2): the management, maintenance, use, enjoyment and disposal of

Kapitalanlage. Als eine „weniger günstige Behandlung“ im Sinne des Artikels 3 ist insbesondere anzusehen: die unterschiedliche Behandlung im Falle von Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige Behandlung“ im Sinne des Artikels 3.

- b) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, die nach den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen Investoren gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige Investoren auszudehnen.

5. Zu Artikel 6

- a) In Bezug auf die Volksrepublik China:

- Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c gilt unter der Voraussetzung, dass der Transfer nach dem den geltenden chinesischen Gesetzen und Rechtsvorschriften über Devisenkontrollen entsprechenden Verfahren vorgenommen wird;
- Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe d gilt unter der Voraussetzung, dass eine Darlehensvereinbarung bei der zuständigen Devisenverwaltungsinstanz eingetragen wurde.

In dem Maße, in dem die vorstehend genannten Voraussetzungen nach den chinesischen Gesetzen nicht mehr erforderlich sind, gilt Artikel 6 ohne Einschränkungen.

- b) Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 6 Absatz 3 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags bei der zuständigen Devisenverwaltungsinstanz zusammen mit vollständigen und ordnungsgemäßen Unterlagen und Informationen und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

6. Zu Artikel 9

In Bezug auf Kapitalanlagen in der Volksrepublik China kann ein Investor aus der Bundesrepublik Deutschland eine Meinungsverschiedenheit nur dann einem Schiedsverfahren unterwerfen,

- a) wenn der Investor die Angelegenheit einem Prüfverfahren nach chinesischem Recht unterzogen hat,
- b) wenn die Meinungsverschiedenheit drei Monate, nachdem er das Prüfverfahren in Gang gesetzt hat, fortbesteht und
- c) falls die Angelegenheit einem chinesischen Gericht unterbreitet worden ist, sie von dem Investor nach chinesischem Recht noch zurückgezogen werden kann.

7. Die Investoren beider Vertragsparteien können für die Beförderung von Personen bzw. Investitionsgütern, die in direktem Zusammenhang mit einer Kapitalanlage im Sinne dieses Abkommens stehen, internationale Transportmittel frei wählen.

an investment. The following shall, in particular, be deemed “treatment less favourable” within the meaning of Article 3: unequal treatment in the case of restrictions on the purchase of raw or auxiliary materials, of energy or fuel or of means of production or operation of any kind as well as any other measures having similar effects. Measures that have to be taken for reasons of public security and order, public health or morality shall not be deemed “treatment less favourable” within the meaning of Article 3.

- (b) The provisions of Article 3 do not oblige a Contracting Party to extend to investors resident in the territory of the other Contracting Party tax privileges, tax exemptions and tax reductions which according to its tax laws are granted only to investors resident in its territory.

5. Ad Article 6

- (a) With regard to the People’s Republic of China:

- Article 6, paragraph 1 (c) will apply provided that the transfer shall comply with the relevant formalities stipulated by the present Chinese laws and regulations relating to exchange control.
- Article 6, paragraph 1 (d) will apply provided that a loan-agreement has been registered with the relevant foreign exchange administration authority.

To the extent that the formalities mentioned above are no longer required according to the relevant provisions of Chinese law, Article 6 shall apply without restrictions.

- (b) A transfer shall be deemed to have been made “without delay” within the meaning of Article 6 (3) if effected within such period as is normally required for the completion of transfer formalities. The said period shall commence on the day on which the relevant request has been submitted to the relevant foreign exchange administration with full and authentic documentation and information and may on no account exceed two months.

6. To Article 9

With respect to investments in the People’s Republic of China an investor of the Federal Republic of Germany may submit a dispute for arbitration under the following conditions only:

- (a) the investor has referred the issue to an administrative review procedure according to Chinese law,
- (b) the dispute still exists three months after he has brought the issue to the review procedure, and
- (c) in case the issue has been brought to a Chinese court, it can be withdrawn by the investor according to Chinese law.

7. The investors of either Contracting Party are free to choose international means of transport for the transport of persons and/or capital-goods directly connected with an investment within the meaning of this Agreement.

Für die Bundesrepublik Deutschland
For the Federal Republic of Germany
Chrobog

Für die Volksrepublik China
For the People’s Republic of China
Yu Guangzhou

Translation

Botschaft
der Bundesrepublik Deutschland
Peking

Peking, den 1. Dezember 2003

Beijing, 1 December 2003

Verbalnote

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in China begrüßt das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik China und beehrt sich, dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik China mit Bezug auf das am 1. Dezember 2003 unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitzuteilen, dass folgende Abmachung geschlossen werden soll:

Aus Anlass der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen vereinbaren die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Volksrepublik China, zu gegebener Zeit, jedoch spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens, die Lage bezüglich nicht mit dem Abkommen übereinstimmender Maßnahmen und ihre schrittweise Beseitigung in Bereichen, die jede der beiden Vertragsparteien im Voraus benennen kann, zu prüfen.

Falls die Regierung der Volksrepublik China die oben genannte Abmachung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik China bestätigt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Volksrepublik China zum Ausdruck bringende Antwortnote des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik China eine Abmachung zwischen den Regierungen beider Staaten bilden, die am gleichen Tag wie das Abkommen vom 1. Dezember 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen in Kraft tritt.

Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in China benutzt diesen Anlass, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik China erneut ihrer ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

An das
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
der Volksrepublik China
– Treaty & Law –
Peking

Note Verbale

The Embassy of the Federal Republic of Germany in China presents its compliments to the Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China and, with reference to the Agreement between the Federal Republic of Germany and the People's Republic of China on the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, signed on 1, December 2003, has the honour to inform on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany that a Memorandum of Understanding be concluded, to read as follows:

On the occasion of the signing of the Agreement between the Federal Republic of Germany and the People's Republic of China on the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the People's Republic of China agree to review in due course but not later than three years after the entry into force of this Agreement the situation with regard to non-conforming measures and their progressive elimination in fields which either Contracting Party may indicate in advance.

If the Government of the People's Republic of China confirms the above-mentioned Memorandum of Understanding between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the People's Republic of China, this Note Verbale and the Note in reply thereto from the Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China expressing the agreement of the Government of the People's Republic of China shall constitute a Memorandum of Understanding between the Governments of the two States, to enter into force at the same day as the Agreement dated 1, December 2003, between the Federal Republic of Germany and the People's Republic of China on the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments.

The Embassy of the Federal Republic of Germany in China avails itself of this opportunity to renew to the Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China the assurance of its highest consideration.

To the
Ministry of Foreign Affairs
of the People's Republic of China
– Treaty & Law –
Beijing

*(Übersetzung)**(Translation)*

Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
der Volksrepublik China

Ministry of Foreign Affairs
of the People's Republic of China (seal)

Beijing, 1. Dezember 2003

Beijing, 1 December 2003

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik China begrüßt die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in China und hat die Ehre, sich auf Note Nr. 565/2003 der Botschaft vom 1. Dezember 2003 zu beziehen, die folgenden Wortlaut hat:

The Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China presents its compliments to the Embassy of the Federal Republic of Germany in China and, has the honour to refer to the Embassy's note No. 565/2003 dated December 1, 2003, which reads as follows:

„Die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in China begrüßt das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik China und beehrt sich, dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik China mit Bezug auf das am 1. Dezember 2003 unterzeichnete Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitzuteilen, dass folgende Abmachung geschlossen werden soll:

“The Embassy of the Federal Republic of Germany in China presents its compliments to the Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China and, with reference to the Agreement between the Federal Republic of Germany and the People's Republic of China on the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, signed on 1, December 2003, has the honour to inform on behalf of the Government of the Federal Republic of Germany that a Memorandum of Understanding be concluded, to read as follows:

Aus Anlass der Unterzeichnung des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen vereinbaren die Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die Regierung der Volksrepublik China, zu gegebener Zeit, jedoch spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens, die Lage bezüglich nicht mit dem Abkommen übereinstimmender Maßnahmen und ihre schrittweise Beseitigung in Bereichen, die jede der beiden Vertragsparteien im Voraus benennen kann, zu prüfen.

On the occasion of the signing of the Agreement between the Federal Republic of Germany and the People's Republic of China on the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments, the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the People's Republic of China agree to review in due course but not later than three years after the entry into force of this Agreement the situation with regard to non-conforming measures and their progressive elimination in fields which either Contracting Party may indicate in advance.

Falls die Regierung der Volksrepublik China die oben genannte Abmachung zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Volksrepublik China bestätigt, werden diese Verbalnote und die das Einverständnis der Regierung der Volksrepublik China zum Ausdruck bringende Antwortnote des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik China eine Abmachung zwischen den Regierungen beider Staaten bilden, die am gleichen Tag wie das Abkommen vom 1. Dezember 2003 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen in Kraft tritt.“

If the Government of the People's Republic of China confirms the above-mentioned Memorandum of Understanding between the Government of the Federal Republic of Germany and the Government of the People's Republic of China, this Note Verbal and the Note in reply thereto from the Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China expressing the agreement of the Government of the People's Republic of China shall constitute a Memorandum of Understanding between the Governments of the two States, to enter into force at the same day as the Agreement dated 1, December 2003, between the Federal Republic of Germany and the People's Republic of China on the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments.”

Die Regierung der Volksrepublik China erklärt sich mit dem oben genannten Inhalt einverstanden. Die Note der Botschaft und diese Note bilden eine Abmachung zwischen den Regierungen beider Staaten, die am gleichen Tag wie das Abkommen vom 1. Dezember 2003 zwischen der Volksrepublik China und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen in Kraft tritt.

The Government of the People's Republic of China agrees with the above-mentioned contents. The Embassy's note and this note constitute a Memorandum of Understanding between the Governments of the two States and shall enter into force at the same day as the Agreement dated 1, December 2003, between the People's Republic of China and the Federal Republic of Germany on the Encouragement and Reciprocal Protection of Investments.

Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik China benutzt diesen Anlass, die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in China erneut seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

The Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China avails itself of this opportunity to renew to the Embassy of the Federal Republic of Germany in China the assurance of its highest consideration.

Botschaft der
Bundesrepublik Deutschland in China,
Beijing

Embassy of the
Federal Republic of Germany in China,
Beijing

Denkschrift zum Abkommen

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungs- und Schwellenländer durch eine Reihe von Maßnahmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Förderung privater Kapitalanlagen. Private Kapitalanlagen sind in besonderem Maße geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu fördern und ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland zu verstärken. Investitionen der privaten Wirtschaft vermitteln neben Risikokapital vor allem auch technisches Wissen und unternehmerische Erfahrung.

Ein Mittel zur Förderung von Direktinvestitionen ist der Abschluss von Investitionsförderungs- und -schutzabkommen. Sie dienen der Förderung und dem Schutz privater Kapitalanlagen in den oben genannten Ländern, indem sie bestimmte Rahmenbedingungen in völkerrechtlich verbindlicher Form festlegen.

Die Abkommen sind ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Investitions Garantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitionsförderungs- und -schutzabkommen besteht.

Das neue, modernisierte Abkommen wird das bisher geltende Abkommen vom 7. Oktober 1983 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China (BGBl. 1985 II S. 30, 639) ablösen. Es entspricht im Wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage entsprechender Verträge mit anderen Staaten in Asien ist.

II. Besonderes

Das Abkommen besteht aus 16 Artikeln; ihm sind ein Protokoll und ein Notenwechsel beigelegt.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlagen“, „Investor“ und „Erträge“. Nach Protokollnummer 1 Buchstabe a gelten als Kapitalanlagen solche, die zur Schaffung dauerhafter wirtschaftlicher Beziehungen im Zusammenhang mit Unternehmen vorgenommen werden. In Protokollnummer 1 Buchstabe b wird der Begriff „indirekt angelegt“ im Zusammenhang mit Kapitalanlagen definiert. Gemäß Protokollnummer 1 Buchstabe c genießen auch Erträge aus der Kapitalanlage den vollen Schutz des Abkommens.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungs-, Zulassungs- und Schutzklausel für Kapitalanlagen. Jede Seite sichert ferner zu, Kapitalanlagen von Investoren der anderen Seite nicht zu diskriminieren. Enthalten ist ferner eine Wohlwollensklausel zur Anwendung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften hinsichtlich Einreise, Aufenthalt

und Arbeitsgenehmigung im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage. Nach Protokollnummer 2 gilt das Abkommen auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen erlaubt. In Bezug auf Absatz 3 wird in Protokollnummer 3 auf in China geltende Maßnahmen hingewiesen, die nicht mit den Bestimmungen des Abkommens übereinstimmen, deren schrittweise Beseitigung aber angestrebt wird.

Zu Artikel 3

Hier sind das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung sowie der Grundsatz der Inländerbehandlung und Meistbegünstigung niedergelegt. Danach dürfen vorgenommene Kapitalanlagen nicht weniger günstig behandelt werden als eigene Kapitalanlagen oder solche dritter Staaten. In Protokollnummer 3 werden im Hinblick auf die Volksrepublik China derzeit noch bestehende Ausnahmen von der Inländerbehandlung (nicht mit dem Abkommen übereinstimmende Maßnahmen) zugestanden. Gleichzeitig wird die Zusage Chinas zur schrittweisen Beseitigung dieser Ausnahmen festgeschrieben. In Protokollnummer 4 Buchstabe a werden einige Beispiele einer unzulässigen Schlechterbehandlung aufgeführt. Protokollnummer 4 Buchstabe b stellt klar, dass die Gewährung bestimmter steuerlicher Vergünstigungen nur an Gebietsansässige nicht im Widerspruch zum Gebot der Inländerbehandlung steht.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung behandelt den Eigentumsschutz sowie die Entschädigungspflicht im Falle einer Enteignung und gewährt den ordentlichen Rechtsweg zur Überprüfung von Enteignungsmaßnahmen.

Zu Artikel 5

In der Bestimmung wird bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge von Krieg und ähnlichen Ereignissen Inländerbehandlung und Meistbegünstigung im Falle einer Entschädigung zugesichert.

Zu Artikel 6

Der Artikel enthält das Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen sowie Bestimmungen über den anzuwendenden Wechselkurs. In Protokollnummer 5 Buchstabe a wird auf die in China zu beachtenden gesetzlichen Bestimmungen für den Devisentransfer verwiesen. Gemäß Protokollnummer 5 Buchstabe b darf die Transferfrist zwei Monate nicht überschreiten.

Zu Artikel 7

Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Subrogation, wonach die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an den deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie die auf sie übergegangenen Rechte des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel sieht ein Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Abkommens vor, falls diese nicht gütlich durch die Vertragsparteien beigelegt werden können.

Zu Artikel 9

Der Artikel sieht eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Investor und dem jeweiligen Gaststaat vor.

Protokollnummer 6 stellt klar, unter welchen Voraussetzungen ein deutscher Investor in China eine Streitigkeit einem internationalen Schiedsgericht unterbreiten kann.

Zu Artikel 10

Günstigere Regelungen für den Investor, sei es nach dem Recht des Anlagelandes oder aufgrund von völkerrechtlichen Verpflichtungen, gehen dem Abkommen vor (Besserstellungsklausel). Zugleich sichern die Vertragsparteien zu, dass sie dem Investor gegenüber eingegangene Verpflichtungen einhalten werden.

Zu Artikel 11

Die Vorschrift stellt klar, dass das Abkommen auch für Investitionen gilt, die vor seinem Inkrafttreten in Übereinstimmung mit den Rechtsvorschriften der betreffenden Vertragspartei vorgenommen wurden.

Zu Artikel 12

Die Bestimmung enthält eine Fortgeltungsklausel, falls zwischen beiden Vertragsparteien keine diplomatischen oder konsularischen Beziehungen bestehen sollten.

Zu Artikel 13

In dem Artikel erklären die Vertragsparteien ihre Bereit-

schaft, falls erforderlich, Konsultationen über die Angelegenheiten des Abkommens durchzuführen.

Zu Artikel 14

Die Bestimmung stellt klar, dass das beigefügte Protokoll Bestandteil des Abkommens ist.

Zu Artikel 15

Der Artikel enthält Regelungen über das Inkrafttreten des Abkommens, seine Geltungsdauer und Kündigung sowie über den nachwirkenden Rechtsschutz nach erfolgter Kündigung.

Zu Artikel 16

Das Abkommen tritt an die Stelle des Abkommens vom 7. Oktober 1983 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen. Abgesehen von den im Zusammenhang mit den jeweiligen Artikeln erwähnten Bestimmungen enthält das Protokoll in Nummer 7 ein Behinderungsverbot bei Beförderungen von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zum Notenwechsel

In dem Notenwechsel vom 1. Dezember 2003 vereinbarten beide Regierungen, spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten des Abkommens die nicht mit dem Abkommen übereinstimmenden Maßnahmen sowie deren schrittweise Beseitigung zu prüfen. Der Notenwechsel tritt zusammen mit dem Abkommen vom 1. Dezember 2003 in Kraft.